

Die neue Groko im Kampf gegen Fake News: Demokratie am Abgrund?

Erfahren Sie, wie die neue Groko gegen Fake News vorgeht und was das für die Demokratie in Deutschland bedeutet.

Deutschland - In der aktuellen politischen Debatte über Fake News und Desinformation wird die Rolle von sozialen Medien zunehmend in den Fokus gerückt. Die neue Groko in Deutschland plant Maßnahmen, um die bewusste Verbreitung falscher Tatsachen zu bekämpfen. Laut dem Verhandlungspapier der Arbeitsgruppe „Kultur und Medien“ wird eine klare Unterscheidung zwischen erlaubter Meinungsfreiheit und dem Erlauben von Falschaussagen angestrebt. **Compact-Online** berichtet, dass die Medienaufsicht in Zukunft auf Basis klarer gesetzlicher Vorgaben gegen Informationsmanipulation sowie Hass und Hetze vorgehen soll.

Diese Initiative wurde jedoch nicht ohne Kontroversen vorgestellt. Der Anwalt Joachim Steinhöfel kritisiert das Papier als einen Versuch, soziale Medien einzuschüchtern. Die angedrohten Konsequenzen für Plattformen werden als problematisches Drohgebaren wahrgenommen, da die notwendige verfassungskonforme Ermächtigungsgrundlage für die Medienaufsicht in Frage gestellt wird.

Die Rolle von Fake News in der Gesellschaft

Fake News sind nicht nur ein Schlagwort, sondern verfolgen oft spezifische Interessen, besonders in Krisenzeiten. Dies zeigt eine Analyse des **Deutschlandfunks**, die besagt, dass 48% der Internetnutzer in Deutschland im ersten Quartal 2023 auf

falsche Informationen gestoßen sind. Dies hängt oft mit der verstärkten Verbreitung von Verschwörungstheorien zusammen, die gezielt Stimmung gegen politische Gegner schüren.

Die Verbreitungsmechanismen von Fake News haben sich in den letzten Jahren verändert. Während 2016 die Wahl von Donald Trump und das Brexit-Referendum als herausragende Auslöser für die Debatte um Fake News galten, sind heute die sozialen Medien als Hauptkanal zur Verbreitung von Desinformation festzustellen. Empirische Forschung zeigt, dass Fake News weniger verbreitet, aber in bestimmten Kreisen intensiver konsumiert werden. Die Unklarheiten über die Begriffe „Fake News“, „Misinformation“ und „Desinformation“ stehen im Weg einer effektiven Bekämpfung dieser Inhalte.

Demokratie und Desinformation

In diesem Kontext äußern sich auch politische Akteure wie der AfD-Politiker Marc Jongen kritisch über die gegenwärtige demokratische Situation in Deutschland. Er bemängelt, dass der Wählerwille nicht ausreichend umgesetzt wird und dass nur eine bestimmte Gesinnung als demokratisch akzeptiert wird. In der breiteren Diskussion um die Medienkompetenz zeigt sich, dass ein geringes Vertrauen in politische Institutionen die Empfänglichkeit für Fake News erhöht. **Die Bpb** hebt hervor, dass citizen engagement und kritische Reflexion über Medieninhalte entscheidend sind, um die Verbreitung von Falschinformationen zu reduzieren.

Der Digital Services Act der EU verpflichtet Plattformen wie Facebook und YouTube, sich aktiv mit dem Thema Desinformation auseinanderzusetzen und Risiken für die Nutzer zu offenbaren. Viele dieser Plattformen haben sich bereits im „Code of Practice on Disinformation“ zur Bekämpfung dieser Inhalte verpflichtet. Die Herausforderungen, die mit der Verbreitung von Fake News und Desinformation verbunden sind, sind erheblich. Zugleich ist auch der Zugang zu verlässlichen und fundierten Informationen entscheidend, um Vertrauen in die

Demokratie zu schaffen und die Integrität des politischen Prozesses zu sichern.

Details	
Vorfall	Information
Ort	Deutschland
Quellen	• www.compact-online.de • www.deutschlandfunk.de • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de